REICHSAUSGABE

PREIS 10 PF.

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke" erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 3.— Mark monatlich zuzüglich Zustellgebühr nach Vereinbarung Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit Anzeigenpreise Redaktion und Verlag: Berlin SW 19, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7 Jannowitz 5909. Postscheckkonto Berlin Nr 804 60 (Internationale Verlagsanstalt G m b H.).

NUMMER 288 A | BERLIN • Donnerstag, den 5. Januar 1933 | 2. JAHRGANG

AUS DEM INHALT:

Wer hilft den mißhandelten Chinesen?
Ausbau der japanischen Schwerindustrie.
Der wahre Charakter des Wehrsports.
Amtliche Lohnraub-Statistik.
Aus der Gewerkschaftsbewegung.
Der Streit um Neudeck.

Eine machtvolle Einheits-Demonstration.

Am Dienstag abend fand in Lichtenrade bei Berlin eine große und eindrucksvolle Protestdemonstration der geeinten Arbeiterschaft statt. Ein Zug von mehreren Tausend Arbeitern bewegte sich durch die Straßen und marschierte zu der Stelle, wo der von Faschisten meuchlings ermordete Genosse Hermann verblutet war.

Die „Rote Fahne" berichtet darüber:

„Kommunistische und sozialdemokratische Arbeiter, Kameraden des Kampfbundes gegen den Faschismus und das Reichsbanner marschierten unter Fahnen mit Sowjetsternen und dem Drei-Pfeile-Zeichen. Jugendgenossen der Kommunistischen Jugend und der Sozialdemokratischen Arbeiterjugend trugen Transparente: ‚Organisiert den Klassenkampf gegen Terror'. Arbeiterfrauen, Angestellte, das ganze werktätige Lichtenrade marschierte im Zug und umsäumte die Straße."

Am Mordplatz sprach der Bezirksleiter des Kampfbundes gegen den Faschismus, Genosse Schinke. Er forderte die Arbeiter zur einheitlichen Abwehr des Nazi-Terrors auf und rief ihnen zu:

„Reichsbanner-Arbeiter, Kameraden des Kampfbundes, schließt mit allen Arbeitern die Front einer festen Massenselbstschutzkolonne und schlagt den Faschismus zurück."

Nach dem Vertreter der „Antifaschistischen Aktion" sprach der örtliche Führer des „Reichsbanners", das ebenfalls einen verletzten Kameraden zu beklagen hatte, Genosse Potschin:

„An der Stelle, wo unsere Opfer gefallen sind, soll uns das Arbeiterblut zusammenschweißen. Ich hoffe, daß der Tag nicht fern liegt, wo die Arbeiterklasse einheitlich gegen ihre Unterdrücker kämpft und sie besiegt."

Nach diesen Ansprachen wurden rote Feuer auf dem Platze abgebrannt. Der Zug marschierte weiter vor das Haus der Eltern des Ermordeten; dort trat der Vater des Toten, der alte Eisenbahner Hermann, unter dem allgemeinen Schweigen der Tausende an die Spitze des Zuges, der dann nach dem Versammlungslokal marschierte, wo die Protestaktion unter weiteren Ansprachen ihren Abschluß fand.

Was steckt hinter den Hochschulkonflikten?

B. E. Man sollte sich freuen, daß es Menschen gibt, die sich, ungeachtet aller persönlichen Opfer, trotz mehrjähriger Verbannung, trotz Hunger, Kälte, Zuchthaus, Gefängnis und drohendem Tod bereit fanden und bereit finden, entschieden gegen das schreiende Unrecht zu kämpfen, die dagegen kämpfen, daß die Armen verhungern und an Seuchen sterben, während die Reichen in Luxus prassen können. Solche Menschen, also Menschen, die, kurz gesagt das tun, was sich für anständige und vernünftige Wesen von selber versteht, gibt es wirklich: Es gibt Revolutionäre, d. h. Menschen, die die Gesellschaft so radikal umstürzen wollen, daß nicht mehr das Unrecht, sondern das Recht herrschend wird.

Daneben gibt es andere, die diesem Kampf fürs Recht ziemlich gleichgültig gegenüberstehen, die also das, was sie eigentlich tun sollten, nicht tun. — Wenn nun aber der eine oder der andere aus dieser Schicht der Gleichgültigen sich besinnt, und — nicht etwa selber ein Revolutionär wird, sondern nur ganz zaghaft anzudeuten versucht, daß es eigentlich ein Skandal und eine grobe Gemeinheit ist, wenn man die Revolutionäre, wenn man z. B. Trotzki so schäbig behandelt, dann erhebt sich sogleich die ganze Meute jener kulturlosen und barbareiliebenden Reaktionäre, die jeden hassen, der auch nur das Geringste unternimmt, um einem Menschen zu helfen, der die verbrecherische Gesellschaftsordnung bekämpft. Das ist der Fall Cohn in Breslau. Prof. Cohn hatte es bekanntlich zu sagen gewagt, daß man Trotzki doch nicht so ohne weiteres das Asylrecht verweigern dürfe.

Es bleibt nunmehr nicht nur das Unrecht an Trotzki bestehen, das Unrecht an einem Manne, der mehr für die Menschheit getan hat, als die Gesamtheit der Hörer und Lehrer an der Breslauer Universität, einem Menschen, der zweimal die Entbehrungen der Verbannung auf sich nehmen mußte, während seine Feinde in Deutschland ein Spießerdasein führten. Ueber diese Schmach hinaus werden diejenigen, die sich gegen die Behandlung Trotzkis auflehnen, mundtot zu machen versucht. Gleichsam um dem Skandal die Krone aufzusetzen, gibt es selbst unter denen, die fortschrittlich zu sein vorgeben, genug, die, wie z. B. die „Frankfurter Zeitung", Prof. Cohn sagen, „es wäre praktischer gewesen", den Mund zu halten, „da man sich doch sagen konnte, daß die Gegner Cohns jede Möglichkeit gegen ihn ausnützen würden". Es wäre praktischer gewesen! Das kennzeichnet die ganze Gesinnung unserer Demokraten.

Es gab auch einen Fall Gumbel. Da Gumbel ebenso wie Trotzki gegen die Barbarei kämpfte, sich über den Massenmord empörte, weil er seine Kraft einsetzte, um zu verhindern, daß noch einmal Millionen von Menschen im Interesse des kapitalistischen Systems auf brutale Weise abgeschlachtet werden, darum mußte er vom akademischen Pöbel bekämpft und fortgejagt werden.

Durch diese Ereignisse wird deutlich genug bewiesen, daß es auf unseren Hochschulen verboten ist, die Wahrheit über unsere Gesellschaftsordnung zu sagen, und daß es noch strenger verboten ist, soviel Wahrheitsliebe zu besitzen, daß man aus dieser Erkenntnis über unsere Gesellschaftsordnung auch die praktischen Konsequenzen zieht. Kurzum: Der Hochschullehrer darf seinem Beruf, der Erforschung der Wahrheit, nicht frei nachgehen. Es gibt keine Freiheit der Forschung und Lehre. Nur eine Freiheit wird dem Hochschullehrer gern zugebilligt: Die Freiheit, für das Unrecht einzutreten. Das ist keine Uebertreibung, sondern jeder kann sich leicht davon überzeugen. Man lese nur, was unsere Studentenzeitungen oder andere reaktionäre Blätter über Hochschulfragen schreiben. Da heißt es: Wir sind für Freiheit der Forschung und Lehre, aber selbstverständlich gehören an unsere nationalen Hochschulen nur Lehrer mit nationaler Gesinnung. Das soll also bedeuten, man will nur Lehrer, die für die Vorherrschaft der deutschen Nation eintreten, denen das Schicksal der Ausgebeuteten anderer Länder gleichgültig ist, die für Wehrsport, Arbeitsdienstpflicht und andere Kriegsvorbereitungen zu haben sind. Also: Freiheit der Forschung nur so lange, wie diese Forschung nicht zu dem Ergebnis kommt, daß die gegenwärtige Herrschaft des Unrechts eine kulturwidrige Schande ist.

Es ist aber nicht nur verboten, gegen den Massenmord zu kämpfen, nein, man fliegt schon heraus, wenn man sich für jemanden einsetzt, der sich erdreistet hat, seine Pflicht als anständiger Mensch nicht zu verletzen. Prof. Anna Siemsen in Jena hatte es gewagt, einen Aufruf für Gumbel zu unterzeichnen. Darum wurde sie vom Thüringischen „Volksbildungs"-Ministerium aus der Hochschule vertrieben.

So geht es anständigen Menschen, so werden sie nicht nur von den Ministerien behandelt, sondern von allen denen, die nach Kräften dafür kämpfen, daß Massenmord und Totschlag, Hunger und Elend, geistige Unterdrückung und Demoralisierung aufrecht erhalten und gesteigert werden. Denn so müssen wir diese Kämpfe ansehen.

Fangen wir doch einmal bei den Studenten an, die kräftig mithelfen, Hochschulskandale zu fabrizieren. Hat man bei ihnen auch nur ein Wörtchen der Empörung darüber gehört, daß es in ihren eigenen Reihen mehr als einen gibt, der, vorsichtig ausgedrückt, angeheitert und gröhlend mit dem Bierglas in der Hand nachts die Einwohner stört, die am Tage arbeiten müssen, damit die Steuergroschen für das Studium jener Herren zusammenkommen? Man lacht höchstens einmal darüber, wenn einer es gar zu schlimm getrieben hat, und betrunken die Uferböschung hinabgesunken ist, so daß man ihn morgens aus dem Schlamm, in dem er einschlief, herausziehen muß. Man findet weiter nichts dabei, wenn einige der „Kommilitonen" von einem Semester zum anderen bummeln. — Es soll hier keineswegs behauptet werden, daß alle Studenten es so treiben, aber es gibt welche, die es tun, und die allgemeine studentische Angriffslust richtet sich nicht gegen

Der Raubzug Japans geht weiter.

Gu—n. In den Straßen von Schanghaikwang, der ersten von den japanischen imperialistischen Räubern besetzten Stadt des alten China, liegen die Leichen von mehreren Hundert chinesischen Soldaten und Zivilisten. „Nur noch ein rauchender Trümmerhaufen" — so beschreiben Pekinger Meldungen den Zustand der überfallenen Stadt. Wieweit diese Worte passen, läßt sich kaum entscheiden; jedenfalls aber sind mehrere Tausend Mann japanischer Truppen eingesetzt gewesen, mehrere Bomben-Flugzeuge und Kriegsschiffe, an zwei Dutzend Kanonen. Und die Eroberung der Stadt geschah nicht ohne Kampf. Es wird gemeldet, daß trotz vorhergegangener Beschießung durch Artillerie der erste japanische Sturmangriff auf die Stadt von den chinesischen Truppen zurückgeschlagen worden sei, sodaß erst in einem zweiten Sturmangriff die Besetzung gelang. Sicher hat ein solcher Kampf erhebliche Spuren hinterlassen.

Drei Kilometer von Schanghaikwang in Richtung Peking ist die Eisenbahnbrücke gesprengt worden. Natürlich läßt sich noch nicht sicher sagen, von wem; die Japaner behaupten: von chinesischen Truppen.

Drei japanische Kriegsschiffe, die von Port Arthur und Tsingtau nach Tsinwangtau, dem unmittelbar bei Schanghaikwang gelegenen Hafen, beordert waren, wurden dort von chinesischen Truppen an der Landung japanischer Truppen gehindert.

Die Japaner setzen die Heranholung weiterer Truppen nach Nordchina fort:

die 4. Torpedoflotille in Sasebo soll auslaufen (Sasebo ist einer der dem chinesischen Kampfgebiet nächstgelegenen Häfen im eigentlichen Japan, ganz im Süden). Das japanische Kriegsministerium hat das bevorstehende Eintreffen japanischer Kriegsschiffe in Tientsin — der am nächsten an Peking liegenden Hafenstadt — angekündigt.

Hand in Hand mit energischer Weiterführung des militärischen Raubzuges betreiben die Räuber eifrig Manöver der Lüge: die japanischen Darstellungen über die Schuldfrage überstürzen sich. Es hat keinen Zweck, jetzt auf sie einzugehen — ihr Zuverlässigkeitsgrad ist Null. Wir behalten uns vor, im Interesse der Festnagelung der Wahrheit demnächst die eindeutig feststehenden Tatsachen noch einmal im Zusammenhang mitzuteilen.

Zu den offensichtlich verlogenen Vertuschungsmanövern gehört auch die japanische Meldung, daß in Schanghaikwang (wo die Leichen der Chinesen auf der Straße liegen) „Friedensverhandlungen" zwischen Japanern und Chinesen stattfänden; gehört die Einladung des japanischen Gesandten in Peping, Ariyoschi —, wie es heißt, eines der rührigsten Provokateure und Separatisten-Ermunterer in China — an die chinesische Regierung „zu Verhandlungen mit Japan den ersten Schritt zu tun".

Ueberzeugender als diese Verhöhnungen des Rechts wirkt eine

Erklärung des japanischen Kriegsministers Araki, vom Dienstag: Die Ereignisse seien so weit getrieben worden, daß Japan nichts weiter übrig bleibe, als die Ereignisse ihren Lauf nehmen zu lassen.

Die japanische Regierung habe genug gewarnt.

Die Bedeutung dieser Erklärung ist kurz: Auf jeden Fall werden wir (imperialistischen japanischen Räuber) marschieren!

•

Nach einer japanischen Meldung sind die Kommandeure der in Tientsin liegenden ausländischen Truppen (auch Amerikaner?) im Hauptquartier der japanischen Garnison zu einer Beratung zusammengetreten, über die Frage, was anläßlich der Sprengung der Eisenbahnbrücke bei Schanghaikwang geschehen solle. Die Japaner berufen sich darauf, daß nach dem sogenannten Boxer-Protokoll die Bahnlinie Schanghaikwang—Peping von den ausländischen Truppen geschützt werden müsse. Die Möglichkeit neuer internationaler Konflikte liegt hier vor.

sie, sondern gegen die Dozenten, die den Mut haben, die Wahrheit zu sagen.

Oder macht es denn das Thüringische Volksbildungsministerium, dem wir den Fall Siemsen zu verdanken haben, besser? Keineswegs: Aus seinen Stuben stammt der berüchtigte Schulerlaß, der die Lehrer zwingt, allwöchentlich von den Schülern einen Vers über das Versailler „Schanddiktat" herplappern zu lassen. Ein Erlaß also, der, wie jeder ernsthafte Erzieher zugeben muß und auch zugibt, zum Lügen erzieht und damit zur weiteren Demoralisierung führt.

Welcher Geist im Thüringischen Volksbildungsministerium herrscht, wird auch durch Folgendes deutlich: In Thüringen wird zur Beschaffung der Mittel für den freiwilligen Arbeitsdienst eine Lotterie veranstaltet. Zur Förderung dieser Lotterie hat das Volksbildungsministerium eine Verfügung an sämtliche Behörden erlassen. Darin heißt es:

„Die Beamten und Angestellten müssen mit bestem Beispiel *führend* vorangehen. . . . Sie müssen daher . . . *alle ohne Ausnahme* zum Ausdruck bringen, daß sie Lose kaufen werden. Dies hat folgendermaßen zu geschehen: Jeder Behördenvorstand . . . setzt unverzüglich unter seiner Beamten- und Angestelltenschaft eine Liste sämtlicher Beamten und Angestellten zur Zeichnung für die Prämienspende in Umlauf. In diese trägt jeder Beamte und Angestellte hinter seinem Namen die Zahl der Lose ein, die er kaufen will. . . . Die Zeichnungslisten sind sodann dem Thüringischen Ministerium des Innern zuzusenden." (!)

Jeder denkende Mensch versteht die Absicht, die hinter dieser Verfügung steht. Das Thüringische Ministerium wollte aber nicht nur zeigen, wie es seine Beamten behandelt, es wollte offenbar auch einen Einblick in die Denkweise der Minister gewähren, oder wie sonst soll man das Schreiben verstehen, das einige Tage nach dem erstgenannten versandt wurde? In ihm heißt es nämlich:

„Dem Vernehmen nach ist verschiedentlich in der Beamtenschaft eine gewisse Beunruhigung über die mit unserer Verfügung . . . getroffenen Anordnungen hervorgetreten. Besonders scheint sich die Beunruhigung darauf zu beziehen, daß wir die Vorlage der Zeichnungslisten an uns angeordnet haben. . . . Durch unsere Anordnungen soll keineswegs ein Druck auf die Beamten und Angestellten ausgeübt werden in der Richtung, daß sie etwa für den Einzelnen untragbare Beträge spenden. (Also offenbar ein Druck in anderer Richtung? E.) . . . Der Zweck der Zeichnungslisten ist *lediglich* der, die Beamten- und Angestelltenschaft gegen etwaige Vorwürfe, sie habe sich nicht genügend an der Prämienspende beteiligt, in Schutz nehmen zu können mit der Erklärung, daß die Beamten und Angestellten ihr Opfer zur Prämienspende gebracht haben. Um dies mit gutem Gewissen erklären zu können, sollen uns die Zeichnungslisten als Unterlage dienen."

So etwas darf ein Minister heute seinen Beamten vorlegen.

Das also sind die Studenten, und das sind die Minister, die unsere Hochschulskandalaffären hervorrufen! Diese Skandalaffären sind nichts anderes als das Ergebnis eines Kampfes der Reaktion gegen Wahrheit und Gerechtigkeit. Deutlicher als durch die jüngsten Ereignisse kann nicht gezeigt werden, welche Aufgabe die Hochschulen innerhalb unserer Gesellschaft erfüllen sollen. Deutlicher kann nicht gezeigt werden, welcher geistlose Geist in den Menschen lebt, die die Wahrheit mit Stinkbomben und Radau, mit demoralisierend wirkenden Erlassen und mit Entlassungen aufrechter Menschen unterdrücken wollen.

Wer springt den mißhandelten Chinesen bei?

Gu—n. Quo-Tai-Chi, ehemaliger Bürgermeister von Schanghai, jetzt chinesischer Gesandter in London, erklärte am Dienstag einem Journalisten: er werde am Donnerstag dieser Woche nach Genf reisen und dort auf eine Stellungnahme des Völkerbundes zu den Ereignissen in China drängen. China wisse, daß der Völkerbund keinerlei militärische Macht ausübe, aber moralisch habe er die Pflicht, einen Urteilsspruch zu fällen. Sollte Japan seine Drohung wahr machen und sich aus dem Völkerbunde zurückziehen, dann könnte des Letzteren Ansehen dadurch nur gestärkt werden, denn

die Anwesenheit japanischer Vertreter in Genf sei eine Herausforderung an die ganze Welt.

Das Thema „Völkerbund" ist ein Trauerspiel. Man könnte

von den empörten Chinesen selber eine klare Demonstration in Genf

erwarten; sie könnten, wenn der Völkerbund ausweicht,

durch ihr Fortgehen zeigen, daß sie nicht gewillt sind, an weiteren bloßen Unterhaltungen teilzunehmen.

Ehe man den Chinesen einen solchen Rat gibt, muß man jedoch ihre Machtlosigkeit erwägen und die Gefahr, daß infolge ihres Fortgehens von Genf andere Räuber sich dem Unternehmen des japanischen Kumpans gegen China anschließen, um die Beute zu teilen. Es kommt aber auf die Art und Weise an, in der eine solche Protestdemonstration der Chinesen geschähe. Sie könnte in Form eines so einwandfreien Appells an die rechtlich Denkenden in der ganzen Welt vollzogen werden, daß er seine Wirkung nicht verfehlen und wenigstens den jetzt noch neutralen Mächten zur Vernunft raten würde.

Immerhin können wir so gut wie nichts von Genf erwarten. Die vergangenen Erfahrungen sind zu niederschmetternd gewesen; die Interessen an den neuen Rüstungslieferungen sind bei den Genfer Mächten zu stark.

Die französische sozialistische Zeitung „Populaire" appelliert an — die Regierung, an Paul-Boncour also; sie fragt:

„Wird die französische Regierung gegenüber dem japanischen Imperialismus dieselbe Politik der Feigheit befolgen wie die Regierungen Tardieu, Laval und Herriot? Wird sie ebenso wie die früheren Regierungen die Sache des Friedens verraten?"

Und die Zeitung wiederholt die Frage, indem sie auf des Pudels Kern zu sprechen kommt:

„Ist die französische Regierung gegenüber den Kanonenhändlern und Bankiers unabhängig genug, um diese Handlung zu vollziehen . . .?" (Die Androhung des Abbruchs der wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen zu Japan.)

Es wäre lächerlich, von einer kapitalistischen Regierung während der Krise eine derartige Beschränkung ihres Geschäfts zu erwarten.

Der „Vorwärts" berichtet über die Aeußerung des französischen Bruderblattes. Er selber wirft der deutschen Regierung dieselbe Passivität vor, die der „Populaire" den französischen Regierungen vorwirft. Aber kein Wort der

Besinnung auf die eigene Kraft der internationalen Arbeiterschaft,

kein Wort der Besinnung auf die Verantwortung, die heute Organisationen zufällt wie der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, dem Internationalen Gewerkschaftsbund, der Transportarbeiter-Internationale!

Es ist noch Zeit, daß diese Organisationen handeln!

Parlamentsmehrheit für die bulgarische Regierung.

Die neugebildete bulgarische Regierung hat im Parlament eine Mehrheit erlangen können, obwohl die Nationalliberalen nicht mehr im Kabinett vertreten sind. Die Mehrheit kam so zustande, daß die Nationalliberale Partei sich gespalten hat: 15 ihrer Abgeordneten stimmten für, 13 gegen die Regierung. Infolgedessen wird Muchanoff, der Ministerpräsident, seine Absicht, sich durch Wiedererrichtung der Diktatur vom Parlament unabhängig zu machen, wahrscheinlich vorläufig noch nicht durchführen.

De Valeras Wahlprogramm.

Infolge der plötzlichen Ausrufung von Wahlen in Irland besteht dort jetzt eine starke politische Spannung, besonders da noch nicht feststeht, in welcher Form die Opposition den Wahlkampf aufnehmen wird, ob die Einheitsfront zur Einhaltung des englisch-irischen Vertrages zustandekommt. De Valeras Programm ist noch radikaler als das, mit dem er vor einem Jahr in den Wahlkampf gezogen ist. Er fordert die

sofortige Ausrufung einer irischen unabhängigen Republik,

die Abschaffung des Senats, die Abschaffung des Treueides an den englischen König und die Durchführung des christlich-sozialen Wirtschaftsprogramms, für das er eintritt.

Noch größere Verwunderung als die Auflösung des irischen Landtages hat die gleich darauf proklamierte Auflösung des Senats hervorgerufen.

Propaganda gegen eine befreundete Macht.

In der Silvesternacht übertrug der englische Rundfunk Sendungen aus den europäischen Hauptstädten. Vor jeder Umschaltung wurden zur Einführung einige Worte über das Land, aus dem übertragen wurde, gesagt. Im Fall von Polen wurde dabei festgestellt, daß der polnische Staat

ein Drittel seiner Einnahmen für Rüstungen

ausgebe. Ferner wurde über den „unglückseligen polnischen Korridor" gesprochen.

In einer Note, die an den englischen Außenminister, Sir John Simon, gerichtet ist, protestiert der polnische Botschafter gegen die „Benutzung der englischen Rundfunkstationen für Zwecke der politischen Propaganda, die gegen eine befreundete Nation gerichtet ist". Er fordert Maßnahmen, um die „Wiederholung eines solchen Mißbrauchs unmöglich zu machen".

Orkan über Norwegen.

Seit Montag nacht herrscht an der norwegischen Westküste ein Orkan, der schon sehr große Zerstörungen angerichtet hat. Im Hafen von Bergen ist ein großer Kohlenkran, der einen Wert von 200 000 Kronen darstellt, zusammengestürzt. Von einigen Packhäusern im Hafen wurden die Dächer abgerissen, mehrere Häuser eingedrückt, Telegraphen, Telephon- und elektrische Leitungen zerstört. Die Telephonverbindung mit dem Land wurde unterbrochen. Mehrere Dampfer im Hafen haben sich losgerissen.

Unruhen in Spanien.

Seit einigen Tagen sind in verschiedenen Teilen Spaniens wieder Unruhen entstanden. In der Gegend von Alcazar wurde der Betrieb in den meisten Kohlengruben stillgelegt, da infolge von 50 Bombenexplosionen und verschiedener Sabotageakte der Betrieb unmöglich gemacht worden war. Einige Führer der Arbeiter sind verhaftet worden. Ob es sich dabei um Anarchisten oder Kommunisten handelt, geht aus den bisherigen Meldungen nicht klar hervor.

In Saragossa sind angeblich 150 Anarchisten verhaftet worden. In der Provinz Asturien kam es in verschiedenen Orten zu Bombenexplosionen. Einige Zeitungen melden, daß die Regierung Waffen- und Munitionslager entdeckt habe und einer Verschwörung auf die Spur gekommen sei. Die Garnisonen in Saragossa, Valencia und Madrid unterliegen einer besonderen Ueberwachung. In der Provinz Sevilla ist eine Kirche in Brand gesteckt worden.

Offenbar unternehmen besonders die Eisenbahner eine große Anzahl von Sabotageakten: in den letzten vier Tagen sind sechs Zugentgleisungen vorgekommen.

Ein spanisches Kanonenboot und ein Küstenwachboot haben die Verfolgung der in einem Segelschiff geflohenen 29 verbannten Monarchisten aufgenommen.

Einige interessante Tatsachen, die etwas Licht in die Sache der Flucht der spanischen Monarchisten bringen, sind inzwischen bekannt geworden:

Der Kommandeur des Kanonenbootes „Canovas" ist seines Postens enthoben worden. Dieses Boot, dem die Bewachung der Strafkolonie „Villa Cisneros" obliegt, war zur Zeit der Flucht nicht zur Stelle, obwohl es keine Order zur Ausfahrt erhalten hatte. Es konnte daher die Verfolgung der Flüchtlinge erst später aufnehmen. Man kann annehmen, daß der Kommandeur dieses Schiffes von den Flüchtlingen oder ihren Freunden bestochen war.

Die Flucht selber ist anscheinend so bewerkstelligt worden: die Verbannten haben sich die Silvesternacht ausgesucht, da die Beamten in dieser Nacht mehr Alkohol zu sich nehmen, als es sonst üblich ist. Das französische Boot, das die Flüchtlinge aufgenommen hat, ist wahrscheinlich von deren Freunden, spanischen Aristokraten, die sich jetzt zumeist in Frankreich aufhalten, geschickt worden. Da die Verbannten fast alle über reichliche Geldmittel verfügen, ist es ihnen wahrscheinlich nicht schwer gefallen, eingeborene Fischer zu bestechen, um deren Hilfe für die Flucht zu sichern. Es ist nicht einmal ausgeschlossen, daß auch französische Beamte den Verbannten beigestanden haben; von dem französischen Polizeipräfekten Chiappe ist es bekannt, daß er sich den Verbannten und Flüchtlingen der spanischen Republik weit entgegenkommender erweist, als früher den Verbannten der Diktatur Primo de Riveras. Da es sich um politische Flüchtlinge handelt, brauchen die französischen Behörden sie nicht nach Spanien auszuliefern.

Die norwegische Wehrmacht.

Wichtige Anträge der Arbeiter-Partei.

Der Militärausschuß des norwegischen Parlaments hat den Haushaltsplan der Regierung für das Heer von 33,8 Millionen Kronen (1 Krone = 72 Pfennige) auf 32,9 Millionen und den Haushaltsplan für die Marine von 17,9 Millionen Kronen auf 14,9 Millionen herabgesetzt.

Der Ausschuß erklärt in einem Bericht, daß bewaffnete Organisationen außerhalb des Heeres nicht zugelassen werden dürften, da sie parteipolitischen Zielen dienen könnten. Dagegen wird vorgeschlagen, eine Summe von 15 000 Kronen jährlich für freiwilligen Wehrdienst der Bevölkerung anzusetzen.

Die Arbeiterpartei lehnte diesen Vorschlag ab und forderte die

völlige Abschaffung von Armee und Marine.

Lediglich eine Grenz- und Küstenwache sollte eingeführt werden.

Der Militärausschuß setzt sich in seinem Bericht weiter dafür ein, daß Unteroffizieren und Offizieren die Militärlaufbahn bis zu den höchsten Stellen der Armee offen stehen solle.

Die Durchführung der Forderung der Arbeiterpartei würde eine gute Antwort auf das Versagen der Abrüstungskonferenz sein!

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

München: Samstag, 7. Januar, 20 Uhr, im Gasthof „Weißer Bär", Josephspitalstr. 9. Thema: Rechtsnot über Deutschland. Redner: Rechtsanwalt Lewinski (Kassel).

Zuspitzung des italienisch-jugoslawischen Konflikts.

Die „Times" berichten, daß die italienische Regierung der albanischen Regierung den Vorschlag einer

Zollunion

der beiden Länder gemacht zu haben scheine. Den Anlaß zu diesem Vorschlag habe der Versuch Albaniens gebildet, weitere Anleihen von Italien zu erhalten. Da der Zinsendienst für die bisherigen Anleihen (die Italien zumeist in Form von Panzerkreuzern und ähnlichen Kriegswerkzeugen an Albanien gezahlt hat) infolge der Wirtschaftskrise sehr unregelmäßig geworden ist, wolle Italien seinen weiteren finanziellen Beistand von der Zollunion abhängig machen. Jedoch scheint die albanische Regierung auf diesen Vorschlag nicht eingehen zu wollen.

Die bloße Möglichkeit dieser Zollunion hat schon die jugoslawische Regierung auf die Beine gebracht: sie hat im Londoner Foreign Office erklären lassen, daß sie sich beunruhigt fühle.

Andererseits wird behauptet, daß die Absicht Mussolinis, eine Zollunion mit Albanien einzugehen, darauf zurückzuführen sei, daß er sich durch den französisch-jugoslawischen Freundschaftspakt, der am 12. Dezember abgelaufen war und allem Anschein nach verlängert worden ist, bedroht fühle.

•

Das offizielle „Giornale d'Italia" hat sich angesichts der Zuspitzung der italienisch-jugoslawischen Beziehungen eine Mission gesetzt, die „durchaus nicht den Zweck verfolge, neue Spannungselemente zwischen Italien und Jugoslawien zu schaffen". Diese Mission besteht in der Veröffentlichung einer Artikelserie über jugoslawische Geheimorganisationen, die italienfeindlich eingestellt seien. Der erste Aufsatz hat die Ueberschrift: „Mysteriöse Zentralen der serbischen Aktion —

Jugoslawien gegen Italien."

Damit bessere Beziehungen zwischen den beiden Staaten entstehen könnten, so schreibt „Giornale d'Italia" zu diesen Aufsätzen, sei Offenheit und Wahrheit notwendig.

Es ist nicht unmöglich, daß die Tatsachen, die der erste dieser Aufsätze enthält, wirklich auf Wahrheit beruhen. Es handelt sich im wesentlichen darum, daß eine militärische Geheimorganisation „mit panslawischen und freimaurerischen Zielen", die „Weiße Hand" genannt, in direkter Verbindung mit dem jugoslawischen Generalstab stehe und das gesamte nationale Leben kontrolliere. Diese Organisation sei sogar *antifaschistisch* eingestellt, und ihr Ziel sei die Wiedereroberung der von Italien eingenommenen jugoslawischen Städte.

Vielleicht besteht eine solche Organisation in Wirklichkeit gar nicht. Daß aber derartige, weder sehr aufschlußreiche noch besonders erregende Tatsachen schon genügen, um in Italien den Haß gegen Jugoslawien zu nähren (denn wer glaubte im Ernst, daß „Giornale d'Italia" die genannten Aufsätze zu einem anderen Zweck veröffentlicht, als den Haß zu nähren?), zeigt, wie weit jene Kriegspsychose schon gediehen sein muß, welch geringer Anlaß schon genügen kann, um die Adria zum Schauplatz eines neuen Krieges zu machen.

Der wahre Charakter des „Wehrsports“

ist sehr deutlich aus den Bedingungen der Leistungsprüfung für die Führer der Wehrsport-Kurse zu erkennen. In den Richtlinien heißt es, daß die zukünftigen Kursführer das Sportabzeichen haben und „in einem Kleinkaliber-Schießverein bereits einige Uebungen geschossen haben sollen“. Die Leistungsprüfung soll umfassen:

„a) eine sportliche Prüfung, voraussichtlich im 100-Meter-Lauf, Weitsprung, Keulenweitwurf, Kugelstoßen, 3000-Meter-Lauf und Schwimmen.
b) Kleinkaliberschießen.
c) Geländesportliche Prüfungen: Ordnungsübungen, Marschleistungen, Seh- und Hörübungen, Kartenlesen und Zurechtfinden im Gelände, Geländebeschreibung und -beurteilung, Spatengebrauch, Entfernungsschätzen, Tarnen und Täuschen, Geländeausnutzung in verschiedenem Gelände und aus verschiedenen Entfernungen, Erkundungsaufgaben, Abfassen und Uebermitteln von Meldungen sowie Anfertigen von Skizzen.“

Dazu schreibt die (katholische) „Rhein-Mainische Volks-Zeitung“ mit Recht:

„Ein Blinder sieht, daß diese Ausbildung eindeutig militärischen Charakter hat. Selbst die sportliche Prüfung unter a) enthält nichts, was nicht militärisch von Bedeutung wäre, und zwar im speziellen Sinne, nicht nur in dem allgemeinen Sinne, in dem der Sport überhaupt die militärische Eignung befördert. Das geht bis zum Handgranatenwerfen; es soll als „Keulenweitwurf“ geübt werden. Was das Kleinkaliberschießen noch mit körperlicher Ertüchtigung oder mit vernünftigem Sport überhaupt zu tun haben soll, ist schon mehrmals gefragt und nie beantwortet worden; gerade diese Schießübungen sind nur von einem einzigen Endzweck aus gesehen sinnvoll: vom Krieg aus. Die Förderung des Waidmannswerkes wird man kaum dabei im Auge haben: es geht um Schußsicherheit nicht gegen Hasen, sondern gegen Menschenköpfe, gegen Polenköpfe im besonderen. Und dieser Punkt b) gibt auch dem Punkt c), dem eigentlichen „Geländesport“, seinen Sinn . . . Man braucht es nicht lange auszuproben, um es zu wissen, wes Geistes eine Institution sein muß, die sich als national bezeichnet, in überwältigender Mehrheit aus bürgerlich-nationalistischen Gruppen besteht, dafür aber die großen Verbände der Arbeiterschaft nicht enthält! . . . Töten ist kein Sport und Vorbereitung zum Töten ebensowenig. Nimmt man diese Dinge so wenig ernst, daß man den blasphemischen Widersinn dieses Wortes „Wehrsport“ nicht einmal spürt.“

Moderne „Teufelsaustreibung“.

Durch das Eingreifen der Kriminalpolizei wurde kürzlich die Oeffentlichkeit in Hessen auf die Zustände aufmerksam gemacht, die in der „Zionsgemeinde“ einer christlichen Sekte in Roßdorf bei Darmstadt herrschen müssen. Dort sah sich die Staatsanwaltschaft genötigt, gegen zwei Mitglieder dieser Gemeinde einzugreifen, die ein zwanzigjähriges, offenbar etwas zurückgebliebenes Mädchen fesselten und mißhandelten, um anscheinend „das Böse“ aus ihm herauszutreiben. Die Zionsgemeinde hat in Roßdorf ihre Zentrale mit einem großen Bethaus und Erholungsheim. Den verhältnismäßig starken Zulauf verdankt sie der Tatsache, daß der traditionelle Kirchenglaube in Roßdorf durch parteipolitische Betätigung des Pfarrers als Führer der Nazis ins Schwanken geriet. Das Vorgehen der Staatsanwaltschaft wird wohl Aufklärung darüber bringen, wie weit die Lehre dieser christlichen Sekte gemeingefährlichen Charakter trägt.

Der Katholizismus in England.

Bei der Eröffnungsfeier einer neuen katholischen Schule in England sprach der Erzbischof von London, Kardinal Bourne, über den Fortschritt des Katholizismus in England. Er bekannte, sein größter Trost in dieser schweren Zeit sei es, daß er so häufig eingeladen werde, eine neue katholische Schule einzuweihen. Dies gäbe ihm die Gewißheit, nicht nur, daß trotz wachsender wirtschaftlicher Not die Katholiken Englands noch immer Geld zu erübrigen wissen für den Bau einer neuen Schule, sondern daß der Katholizismus auch in den nächsten 50 Jahren so wachsen werde wie in den letzten 50 Jahren.

•

Wachstum des einheimischen Klerus in den „Heidenländern“. Ein Beweis für die schnelle Vermehrung der einheimischen Priesterschaft in den Missionsländern ist eine statistische Darstellung über die Seminarien, die zu ihrer Vorbildung dienen. Im Jahre 1906 gab es nach Huonder („Der einheimische Klerus in den Heidenländern“) 129 Seminarien, nach dem Atlas Hierarchicus von Streit im Jahre 1913 132. Der Jesuit Bernard Arens gibt in seinem neuen Ergänzungsband zu der französischen Ausgabe seines Handbuches der katholischen Missionen für 1918 181 Seminarien, für 1923 279 Seminarien, für 1929 311 Priestervorbildungsanstalten in den Missionsländern an. Wie der Sekretär der Propaganda, Erzbischof Salotti, bei der durch den Vatikansender verbreiteten Botschaft am Weltmissionssonntage mitteilte, bestehen zur Zeit in den der Propaganda unterstellten Gebieten 377 Seminarien.

Ein „Opfer christlicher Erziehung“.

Vor einiger Zeit wurde in Frankfurt am Main ein Student wegen Kautionsbetrugs verurteilt. Es handelte sich um den Sohn eines Pfarrers, der sich selber als „Opfer der Mentalität eines christlichen Pfarrhauses“ bezeichnete. „Ich saß da gewissermaßen an der Quelle des Christentums und sah, wie es hinter den Kulissen zuging“, so entschuldigte sich der Angeklagte für seine Taten.

Was sagt die wirkliche Angeklagte, die Kirche, zu dieser Entschuldigung?

Auflösung der Freikörperkulturschule Adolf Koch.

Zum 1. November war ein Verbot der Freikörperkulturschule Adolf Koch ausgesprochen worden auf Grund einer Schulbestimmung aus dem Jahre 1839. Der Schulbetrieb wurde jedoch zunächst weitergeführt. Am 20. Dezember beschäftigte sich dann der Hauptausschuß des preußischen Landtags mit diesem Vorstoß des Muckertums. Es wurde in dieser Sitzung gegen die Stimmen der Deutschnationalen die Weiterführung der Schule gefordert und die preußische Regierung aufgefordert, entsprechende Verhandlungen mit der Schulleitung aufzunehmen. Ueber diesen Beschluß hat sich nun der verantwortliche Leiter des preußischen Unterrichtsministeriums, Professor Kaehler, einfach hinweggesetzt. Mit Auflösung der Schule verlieren etwa 4000 Mitglieder, vorwiegend Arbeiter mit geringem Einkommen, die Möglichkeit unentgeltlicher ärztlicher Beratung, unentgeltlicher Inanspruchnahme von Brausebädern und Höhensonnenbestrahlungen und von Gymnastikunterricht. Und das alles, obwohl auch die Krankenkassen in Deutschland nur noch für reiche Leute da sind.

Wie wir noch erfahren, hat Adolf Koch sofort einen Protest an den Reichskanzler von Schleicher gerichtet, der anscheinend zugesagt hat, umgehend eine Prüfung der Angelegenheit vorzunehmen. Im übrigen geht der Betrieb in der Schule trotz der Auflösungsordre ungestört weiter, um die Mitglieder nicht gesundheitlichen Gefahren auszusetzen.

Was bringt der neue „ISK“?

In dem Aufsatz von Hans Lehnert: „Der Umbau des deutschen Reiches“ wird eine übersichtliche Klarlegung der Zitate und Wege der von Papen und Gayl angebahnten, von Schleicher nur „bis auf weiteres aufgeschobenen“ sogenannten Verfassungsreform gegeben. Die prägnanteste Formel für das Ziel der „Reichsreform“ hat der stellvertretende Vorsitzende der Deutschnationalen, von Winterfeldt, ausgesprochen:

Die „Reichsreform müsse ausmünden in eine Hohenzollernmonarchie“!

Als erste Etappe auf dem Wege zu diesem Ziel ist die Ausschaltung des Parlaments durch Einschaltung einer Art von Oberhaus gedacht. Die Reichsregierung bedarf danach zu ihrer Amtsführung lediglich noch das Vertrauen des Reichspräsidenten. Wird dann ein Prinz zum lebenslänglichen Präsidenten gewählt, so ist der Schritt zur offenen Monarchie nur noch eine Formsache! Uebrigens stützt sich die für die Verfassungsreform der Regierung bisher zur Verfügung stehende Vorarbeit nach Aussage des früheren Reichsinnenministers von Gayl auf den von Hugenberg ausgearbeiteten Verfassungsplan.

Eine weitere wichtige Etappe auf dem Wege der Reaktion ist der Kampf um Preußen, genauer: die Vereinigung der Regierungsgewalt des Reichspräsidenten mit der des preußischen Ministerpräsidenten. Eine solche Union bestand bekanntlich im alten Bismarckschen Kaiserreich zwischen der deutschen Kaiserkrone und der preußischen Königskrone.

Lehnert begründet im Anschluß die Stellung des Sozialisten zur Frage des Einheitsstaates und der Selbständigkeit einzelner Ländergruppen.

Im zweiten Artikel gibt Hellmut Rauschenplat einen Rechenschaftsbericht über „Die ökonomischen Forderungen des ISK“ im Verlaufe der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis heute. Jede einzelne Phase der Krise erforderte bestimmte Maßnahmen der Wirtschaftspolitik, für jede dieser Phase stellte der ISK entsprechende Vorschläge auf zum Gebrauch der Machtorganisationen der Arbeiterschaft. An Hand der Erfahrung kann der Leser also leicht nachprüfen, ob die Vorschläge des ISK richtig waren, und ob es einer aktiven Aktion Arbeiterpolitik gelungen wäre, der Arbeiterschaft diese furchtbare Not, wie sie heute besteht, ganz oder teilweise zu ersparen und die Kräfte für den Endkampf um den Sozialismus zu sammeln. Was tat der ADGB als die zur Zeit entscheidende Organisation? Was waren die Gründe, daß die Arbeiterschaft weder auf dieser noch auf einer anderen Linie auch nur einen Schritt vorwärts kam? Was wollen wir tun, um die Arbeiterklasse möglichst schnell aus dem derzeitigen Wellental empor- und vorwärtszutreiben? Einfach sind die Antworten, aber es bedarf aller Kraft, um sie im öffentlichen Leben durchzusetzen.

Schließlich enthält das neue „ISK“-Heft noch einen Gedächtnis-Artikel für den chinesischen Revolutionär Deng Yen-Da und eine interessante Sammlung: Die Schwarze Internationale.“

Das Heft kostet 20 Pfennig; es ist erhältlich bei der Internationalen Verlagsanstalt, Berlin SW 19, Inselstraße 8 a, in Berlin auch an allen U- und S-Bahn-Kiosken.

„Befreiungs-Rummel“ des „Stahlhelms“. Zehnjahres-Gedenkfeier des Ruhreinbruchs.

Da es anscheinend nicht genügend Konfliktsstoffe zwischen dem deutschen und dem französischen Staate gibt, bemüht sich der „Stahlhelm“ wieder einmal mit nationalem Eifer darum, solche zu schaffen. Der „Stahlhelm“ Westmark veröffentlicht eine Erklärung zum zehnjährigen Gedenktag des Ruhreinbruchs der Franzosen und seiner „erfolgreichen“ Abwehr. Es wird weiter die „endgültige Befreiung“, das heißt die „volle Gleichberechtigung der bisherigen neutralen Zone“ gefordert. An dieser Forderung können nur Aufrüster und Kriegsschürer ein Interesse haben.

BRUNO GLUCHOWSKI

KOHLEN-KULIS

REVOLTE AN DER RUHR (48)

COPYRIGHT 1932 BY FACKELREITER-VERLAG G. M. B. H., BERLIN W 10

Die Bergbehörde wird einfahren und erklären, daß nach Lage der Dinge keine andere Möglichkeit vorhanden ist. Die Verhältnisse in der Grube waren gute, die Steinstaubbarrieren haben gut funktioniert, man hat für die Sicherheit der Kumpels alles getan, was man tun konnte. Das Traurigste ist, es wird von der breiten Oeffentlichkeit geglaubt. Wir aber, die wir unser halbes Leben in der Grube verbracht haben, wir wissen, wer der wahre Schuldige ist. Schuld ist das kapitalistische System, das die Menschen in die Gruben hineintreibt und ohne Rücksicht auf ihr Leben und ihre Gesundheit den größten Gewinn aus ihrer Arbeitskraft zu ziehen versucht. 200 000 Bergleute sind während der letzten Jahre entlassen und über 100 Zechen stillgelegt worden, und trotzdem steht die Ziffer der Förderung weit über der in der Vorkriegszeit. Das ist nicht allein durch die Technisierung und Modernisierung der Grubenanlagen zu erklären. Das ist nur möglich durch die rücksichtsloseste Ausbeutung, durch die schärfste Auspressung der Arbeitskraft der Bergarbeiter. Die Bergarbeiterschaft ist in den Zustand der Sklaverei zurückgekehrt, alle Rechte, die der Bergarbeiter besessen hat, sind ihm genommen worden durch das brutale Vorgehen der Zechenherren. Die Peitsche des Hungers und der Arbeitslosigkeit schwebt über dem Ruhrgebiet, und unter ihren Schlägen stirbt das letzte bißchen Freiheitswillen und Menschenwürde, das die Kumpels noch besitzen. Beseitigung der Betriebsräte, Zerschlagung des Tarif- und Schlichtungswesens, willkürliche Entlohnung, Streichung des Urlaubes, Wiedereinführung des Kadavergehorsams der wilhelminischen Epoche, das sind die Ziele der Schwerindustriellen, für deren Erreichung sie alle Hebel in Bewegung setzen. Und wir Arbeiter, die wir sie hinwegfegen würden, wir stehen all dem tatenlos gegenüber. Unsere Taten, sie erschöpfen sich in gegenseitiger Bekämpfung, statt die Einheitsfront aller Werktätigen zu schaffen, wird die Einheit der Arbeiterbewegung zerschlagen. Wir liefern uns selbst dem Kapital vors Messer, wenn wir nicht endlich Schluß machen damit und uns alle zusammenfinden zu gemeinsamem Kampf. Sechs schwere Grubenkatastrophen in einem Jahr, über 600 Tote, soll uns das nicht zu denken geben, müssen wir nicht alles versuchen, um dieses grausige Massensterben für die Zukunft unmöglich zu machen? Ueber alle Hindernisse hinweg müssen wir den Boden bereiten zu gemeinsamem Vorgehen, zu siegverheißenden Aktionen. Günther Gerling, einer unserer Besten, von der Zechenverwaltung zum 15. gekündigt, er ist eines der Opfer dieser Katastrophe.“

„Günther Gerling? Tot?“ schallt es dem Redenden, dem Vorsitzenden des Betriebsausschusses, entgegen.

„Nein, Kumpels, tot ist er noch nicht. Ob er aber mit dem Leben davonkommt, ist auch sehr fraglich. Er hat viel Gas geschluckt und hatte schon den Gedanken an seine Rettung aufgegeben, als er ein zerschlagenes Luftrohr entdeckte, aus dem noch Luft herausströmte. Ihn fanden die Rettungsmannschaften als ersten hinter dem großen Bruch im Hauptquerschlag, und einer von ihnen hat mir im Auftrag Gerlings diesen Zettel überbracht, der als Testament an seine Kumpels anzusprechen ist.“

„Vorlesen, vorlesen“, wird gerufen, der Kreis schließt sich enger zusammen.

Unter atemloser Stille beginnt der Redner den Zettel Gerlings zu verlesen, der „Letzte Mahnung an die Arbeiterschaft!“ überschrieben ist. Er ist ein geschulter Rhetoriker, seine Worte zünden. Lauter wird seine Stimmung bei den Schlußzeilen: „Laßt allen Hader und alle Uneinigkeit fahren, kämpft gemeinsam für die große Sache, sammelt Euch unter den roten Sturmfahnen und erkämpft die Freiheit, wenn nicht für Euch, so doch für Eure Kinder. Alles werdet Ihr erringen, wenn Ihr einig seid, zu Boden getreten aber, wenn Ihr weiterhin im Bruderzwist verharret und Euch gegenseitig bekämpft. Geschlossene Front aller Unterdrückten gegen die Unterdrücker, das muß Eure Parole sein für die Zukunft, und unter dieser Parole werdet Ihr siegen.“

Einen Moment hält der Sprecher inne, um die Wirkung seiner Worte zu beobachten. Dann fährt er fort: „Muß ich diesem Appell eines unserer Besten noch etwas hinzufügen? Du, sozialdemokratischer Arbeiter, der Du die Fahne Schwarz-Rot-Gold als Dein Heiligtum betrachtest, Du, Kommunist, der gläubig auf die rote Fahne mit Sichel und Hammer schaut, Du, Zentrumsmann, dem sein Glauben über alles geht, Du, Stahlhelmer, der Du in der schwarzweißroten Farbe und dem Stahlhelm das Symbol für eine bessere Zukunft siehst, Ihr alle, die Ihr unter der Erde arbeitet und tagtäglich und jede Stunde Euer Leben für wenige Groschen aufs Spiel setzt, Ihr alle müßt erkennen, daß uns nur eins aus unserer Knechtschaft herausführen kann, die Sammlung aller vom Kapital Abhängiger zu einer geschlossenen Phalanx, die niemand durchbrechen kann. Fehler sind gemacht worden in der Vergangenheit, die sich unheilvoll auf uns ausgewirkt haben. Lernen wir aus ihnen und machen es in Zukunft besser. Dann wird bald die Sonne aufgehen über der Welt, wie Günther Gerling sich ausgedrückt hat, und freie Menschen in einem freien Gemeinwesen werden die Früchte ihrer Arbeit gemeinsam genießen. In diesem Sinne Euch allen ein Glück auf!, und nun heran an die Aufgaben, die unserer harren.“

„Der Kerl hat recht.“

„Was der sagt, hat Hand und Fuß.“

„Unsere elende Lage haben wir zum großen Teil selbst verschuldet“, und andere Ausrufe durchschwirren die Luft. Der Rotfrontler knüpft ein Gespräch mit dem Reichsbannermann an, andere mischen sich dazwischen, im Nu ist eine lebhafte Debatte im Gange. Die Polizisten fordern sie wohl einige Male auf, nicht so laut zu sprechen, jagen sie aber nicht auseinander. In sachlicher Rede wird die Lage der Bergarbeiterschaft erörtert, diejenigen, die sich durch eine Weltanschauung unüberbrückbar voneinander getrennt glaubten, müssen erkennen, daß es bei gutem Willen leicht möglich ist, die Basis zu gemeinsamer Aktion zu finden. Bis in die halbe Nacht stehen sie vor der Zeche, unsichtbar spinnt sich ein starkes Band der Zusammengehörigkeit um sie.

(Fortsetzung folgt.)